

KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

7/November 2012

**ZEIT FÜR
STEUER-
GERECHTIGKEIT**

www.gpa-djp.at

**Geld ist
genug da!**

Aktionswochen zur Verteilungsgerechtigkeit ab Seite 4

Inhalt

Thema

- 04 Geld ist genug da
- 10 Interview mit Wilfried Altzinger
- 12 Kommentar

Aktuell

- 13 Kurzmeldungen
- 14 Kollektivvertrag Metallindustrie
- 16 Tauziehen um Journalisten-KV
- 18 Grenzüberschreitende Hilfe

Arbeitswelt

- 19 Kurzmeldungen
- 20 Kindergarten: Achtung Einsturzgefahr
- 22 Bessere Ausbildung für Handelslehrlinge gefordert

Service

- 23 Kurzmeldungen
- 24 Mitgliedschaft stärkt Verhandlungskraft
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebot
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Die GPA-djp im Web 2.0

4



© Tijanap, Dreamstime.com

Geld ist genug da!

14



Foto: APA, Georg Hochmuth

KV Metallindustrie

16



© Willi Denk

JournalistInnen-KV

IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@gpa-djp.at

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@gpa-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Sv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer, martin.panholzer@gpa-djp.at, Chefin vom Dienst: Dr. Barbara Lavaud, barbara.lavaud@gpa-djp.at

Redaktion und Anzeigen: Renate Zaunscherb, renate.zaunscherb@gpa-djp.at

Artdirection und Layout: Kerstin Knüpfel Dipl. Designerin (FH)

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21

Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudörfel

Coverfoto: Roman Haider

DVR-Nr. 0046655 ZVR-Nr. 576439352

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



Steuergerechtigkeit

Seit Beginn der Finanzkrise will man uns glauben machen, dass es der zu üppig ausgestattete Sozialstaat war, dem wir die Schuldenberge der öffentlichen Hand zu verdanken hätten. Daher müsse der Gürtel enger geschnallt und gespart werden. Doch mittlerweile dürfte klar sein, dass die Ursachen für die Schulden und die Krise ganz woanders zu suchen sind: In den deregulierten Finanzmärkten waren Unsummen verzockt und verspekuliert worden. Zur Kasse gebeten werden nun allerdings die Beschäftigten.

Die GPA-djp fordert seit Jahren eine gerechtere Vermögensverteilung und vor allem ein faires Steuersystem, wo nicht nur Arbeit, sondern auch Vermögenswerte entsprechend besteuert werden. Anfang November haben wir diesen Forderungen im Rahmen einer Aktionswoche Nachdruck verliehen, diesmal gemeinsam mit der deutschen Gewerkschaft ver.di und der Schweizer Unia. Ebenso wie in Österreich sind auch in den beiden Nachbarländern die ganz großen Vermögen lächerlich niedrig besteuert. Dabei geht es nicht um eine billige Eat-the-Rich-Polemik – mit Hilfe einer ausgewogenen Vermögensbesteuerung ließen sich nicht nur die Schulden begleichen, sondern auch wich-

tige Vorhaben im Sozial- und Bildungsbereich endlich umsetzen und schließlich auch die Steuern auf Arbeitseinkommen senken.

Unsere guten Kollektivvertragsabschlüsse würden dann nicht durch mehr Steuern geschmälert, sondern landen direkt im Geldbörstel der ArbeitnehmerInnen und kurbeln weiter den Konsum an. Mit einer Sparpolitik à la Griechenland lässt sich die Krise sicher nicht bewältigen. Wir meinen: Nicht die GeringverdienerInnen und die Mittelschicht sollen sparen, sondern die Reichen müssen endlich ihren Anteil mittragen.

Dwora Stein
Chefredakteurin

Reiche statt Arme



Die GPA-djp sieht in den jüngsten Sparpaketen die Auslöser für die wiederkehrende Rezession. In einer gemeinsamen Aktionswoche unter dem Motto „Geld ist genug da“ mit der deutschen ver.di und der Schweizer Unia wurde Anfang November gezeigt, wie das Wirtschaftswachstum ohne soziale Einschnitte wieder angekurbelt werden kann: über eine gerechtere Besteuerung von Vermögenswerten und sinnvolle Umverteilungen.

Von Andrea Rogy und David Mum

Von Andrea Rogy

zur Kasse bitten

REICHTUM IN ÖSTERREICH 2012

1. Familien Porsche und Piëch	37,2 Mrd. Euro
2. Dietrich Mateschitz	6,1 Mrd. Euro
3. Familie Flick	5,9 Mrd. Euro
4. Johann F. Graf	4,4 Mrd. Euro
5. Karl Wiaschek	4,0 Mrd. Euro
6. Heldemarle Horten	2,9 Mrd. Euro
7. Familie Swarovski	2,7 Mrd. Euro
8. Frank Stronach	1,9 Mrd. Euro
9. Martin Schlaff	1,8 Mrd. Euro
10. Patricia, Karl Emil und Marie-Rose Kahane	1,7 Mrd. Euro

Quelle: Wealth Report
Alle Angaben in Mrd. Euro
Stand Mai 2012

Seit der Finanzkrise sind die Staatsschulden in Österreich stark gestiegen. Doch wo kamen die Schulden für die öffentliche Hand her? In den weltweit deregulierten Finanzmärkten wurde damals gezockt und spekuliert was das Zeug hält. Davon profitiert haben die Vermögenden: Die privaten Finanzvermögen der Superreichen sind enorm gewachsen. Nach dem Zusammenbruch haben die Zeche die Steuerzahler beglichen, denn alle EU-Länder haben die strauchelnden Geldinstitute durch staatliche Stützungsmaßnahmen und Garantieübernahmen, wie beispielsweise die unbegrenzte Einlagensicherung, aufgefangen.

Chronologie der Krise

Seit nunmehr fast fünf Jahren befindet sich Europa in der Krise. 2007/08 brachen die Finanzmärkte zusammen. Die Ursachen waren die geplatze Immobilienblase in den USA sowie extrem spekulative Geschäfte ohne Eigenkapitalunterlegung rund um den Globus. Banken, Pensionsfonds und Versicherungen saßen nun auf wertlosen

„Schrottpapieren“ und gerieten an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Um die Finanzmärkte und die Wirtschaft vor einem Komplettzusammenbruch zu bewahren, verschuldeten sich die Staaten und schossen den Geldinstituten Steuergeld zu.

2009 griff die Krise dann auf die reale Wirtschaft über. Die Auftragsgänge brachen ein, die Wirtschaftsleistung ging zurück, die Arbeitslosigkeit stieg an. Für den Staat bedeutete das weiter steigende Ausgaben durch Arbeitslosigkeit und sinkende Steuereinnahmen durch weniger Beschäftigung und geringere Einkommen. Die Staaten dämpften den Wirtschaftseinbruch zunächst mit Konjunkturpaketen – das kostete erneut (Steuer-)Geld.

Sparen ist kein Weg aus der Krise

Seit 2010 hören wir nun seitens der Politik, dass gespart werden muss, um die Schulden wieder zu reduzieren. Die Mitgliedsstaaten der EU haben Schuldenbremsen beschlossen, welche die Neuverschuldung

gesetzlich drastisch einschränken. In Österreich schreibt der Fiskalpakt unabhängig von der Konjunktursituation auf Jahre hinweg Sparpakete fest.

Für GPA-djp-Vorsitzenden Wolfgang Katzian ist das der falsche Weg, denn: „Sparen allein wird die Finanzprobleme der Staatshaushalte nicht lösen, sondern führt dazu, dass die Wirtschaftsleistung weiter zurückgeht. Was Europa braucht, ist ein Kurswechsel hin zu Investitionen in Beschäftigung und Wachstum.“

Tatsächlich befindet sich die Euro-Zone heuer wieder in der Rezession, die Wirtschaftsleistung schrumpft. Und genau jene Länder, die am stärksten sparen, sind von der Krise am härtesten betroffen. Das Beispiel Griechenland zeigt, wie man eine Wirtschaft am besten kaputtspart: die Wirtschaftsleistung ist mittlerweile um 20 Prozent eingebrochen, die Arbeitslosigkeit explodiert. Damit wird das Erreichen der Sparvorgaben immer unmöglicher.

Personen mit hohem Einkommen geben lediglich einen Teil ihres Einkommens aus. Der Rest wird gespart oder investiert.



Wer zahlt die Zeche?

Jetzt kommen durch europaweite Sparpakete die ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und Arbeitslosen für die Krisenkosten auf. „Die enorm gestiegene öffentliche Verschuldung ist kein Ergebnis eines überbordenden Sozialstaates, sondern das direkte Resultat der Finanz- und Wirtschaftskrise“, führt GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian aus. Bis zum Ausbruch der Finanzkrise wurde in Österreich die öffentliche Verschuldung in Relation zur Wirtschaftsleistung (BIP) sogar gesenkt. Die Neuverschuldung stieg erst ab 2008 stark an. Allein die Bankenpakete kosteten uns bisher rund vier Mrd. Euro an Steuergeld.

„Wir bekennen uns dazu, dass die Staatsschulden reduziert werden müssen. Aber nicht durch zusätzliche Sparpakete, die weitere Kürzungen von Löhnen und Gehältern, von öffentlichen Investitionen und von Sozialleistungen bringen würden. Es ist Zeit für einen expliziten Beitrag der Vermögenden und Millionäre“, findet Katzian.

Keine Krise bei den Reichsten

Denn nicht alle hatten eine Krise. Die Reichen und Superreichen haben in den vergangenen Jahren gut verdient. Ihre Vermögen wurden durch die Finanzmarktmaß-

© Nürith Wagner-Strauss



In den weltweiten deregulierten Finanzmärkten wurde gezockt und spekuliert was das Zeug hält. Die SteuerzahlerInnen müssen nun die Zeche begleichen.

nahmen gerettet und stieg um 7 bis 10 Prozent jährlich. Groteskes Detail am Rande: Je mehr Vermögen jemand hat, desto schneller nimmt es zu. Die Vermögen der Milliardäre wachsen also noch schneller als die der Millionäre – nämlich dreimal so stark wie die Wirtschaft. In Österreich leben mehr als 72.000 Millionäre. Diese 0,85 Prozent der

dem dreifachen Bruttoinlandsprodukt. Die reichsten zehn Personen allein besitzen rund 105 Milliarden Euro, also ein Zehntel des Kuchens.

Ungleiche Vermögensverteilung

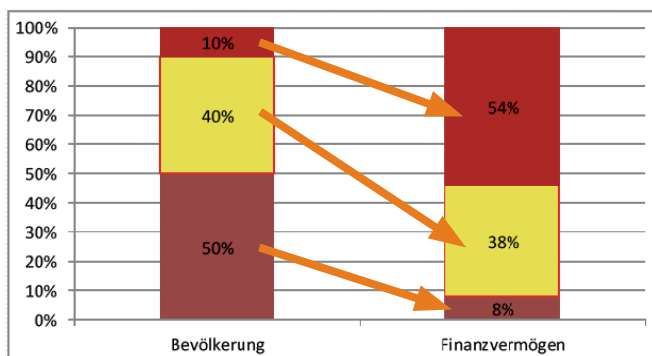
Die Vermögen sind in Österreich noch viel ungleicher verteilt als die Einkommen. Während die reichsten zehn Prozent in Österreich 8-mal so viel Einkommen haben wie die ärmsten zehn Prozent, besitzen die oberen zehn Prozent 581-mal so viel Vermögen wie die untersten zehn Prozent.

Die reichsten zehn Prozent der ÖsterreicherInnen besitzen den überwiegenden Teil, nämlich in etwa 60 Pro-

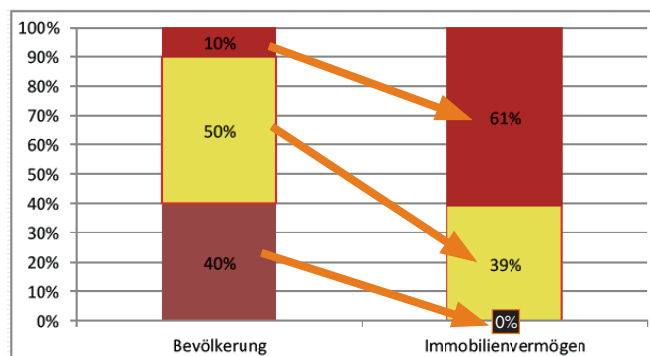
In Österreich leben mehr als 72.000 Millionäre. Sie besitzen ein Drittel des Finanzvermögens.

Bevölkerung besitzen ein Drittel des gesamten Finanzvermögens.

Das insgesamt Vermögen in Österreich beläuft sich auf rund 1.000 Milliarden Euro. Das entspricht



Finanzvermögen in Österreich



Immobilienvermögen in Österreich



Was man mit drei Milliarden Vermögenssteuern machen könnte.

© Tjionap, Dreamstime.com

Es war einmal im antiken Griechenland ...

Vor über 2.400 Jahren setzte sich der Philosoph Plato bereits mit der Frage der Einkommensgerechtigkeit auseinander. Unzufrieden mit den Zuständen in Athen forderte er, dass Regierungen jedem Bürger und jeder Bürgerin ein Mindesteinkommen garantieren müssten. Auf der anderen Seite sollte niemand mehr als das Vierfache des Mindesteinkommens besitzen dürfen. Wer über diese Grenze käme, solle besteuert werden: mit einer Vermögenssteuer von 100 Prozent.

zent des gesamten Vermögens, 61 Prozent des Immobilienvermögens und beinahe 100 Prozent der Unternehmensbeteiligungen.

Der Großteil der Bevölkerung verfügt hingegen über geringe Vermögenswerte. Die Hälfte der Haushalte besitzt nicht mehr als 50.000 Euro an Sachvermögen. Dazu gehört meist ein Pkw. 75 Prozent der Haushalte verfügen über ein Sachvermögen von unter 278.000 Euro. Nur zehn Prozent verfügen über ein Sachvermögen von mehr als 500.000 Euro. In puncto Finanzvermögen ist die Lage ähnlich: Drei Viertel der Haushalte haben ein Finanzvermögen von weniger als 50.000 Euro, nur 1,3 Prozent besitzen mehr als 100.000 Euro.

Wirtschaftswachstum durch Konsum

Das gehortete Vermögen bringt selten Beschäftigung oder Wachstum. Es wird an die nächste Generation weitergegeben und wirft Gewinne ab, die oft in Stiftungen geparkt werden und so dem Staat auch keine Steuereinnahmen bringen. Personen mit hohem Einkommen geben lediglich einen Teil ihres Einkommens wieder aus. Der Rest wird gespart oder in Immobilien bzw. im Finanzsektor investiert. Und die Gewinne steigen stärker als die Löhne.

Personen mit niedrigem Einkommen investieren hingegen nahezu 100 Prozent ihres Gehaltes in den Konsum. Diese Realinvestitionen bringen uns das dringend benötigte Wirtschaftswachstum, sie kurbeln die Wirtschaft an und schaffen dadurch auch Arbeitsplätze.

Eine gleichmäßigere Verteilung des Vermögens würde auch dem Wirtschaftsstandort Österreich nützen. So würde die Umverteilung von einer Mrd. Euro zugunsten des unteren Einkommensdrittels zu einer gesamtwirtschaftlichen Ausweitung der Konsumnachfrage um

0,3 Prozent und zu 3.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen führen.

Besteuerung von Vermögen

„Es ist Zeit für eine Besteuerung wirklich großer Vermögen. Der Schmach, dass diese Besteuerung auch Häuslbauer treffen würde, der zieht bei niemandem mehr“, erklärt Wolfgang Katzian. Derzeit stammen die meisten Steuereinnahmen in Österreich aus der Besteuerung von Arbeitseinkommen und Konsum. Fast zwei Drittel der Steuereinnahmen kommen aus der Mehrwertsteuer und der Lohnsteuer und werden von den ArbeitnehmerInnen bezahlt. Bei der Besteuerung von Vermögen ist Österreich auf europäischer Ebene Schlusslicht. Würden Vermögen so hoch besteuert wie in der OECD, würde der Fiskus zusätzliche Einnahmen von 3,7 Mrd. Euro lukrieren.

„Wir haben immer noch zu niedrige Steuern auf Gewinne, Vermögen und Kapitaleinkommen“, kritisiert Gewerkschaftschef Katzian. Vermögensbezogene Steuern machen in Österreich derzeit nur rund 1,3 Prozent des Gesamtsteueraufkommens und nur rund 0,5 Prozent des

BIP aus. Die Unternehmenssteuern sinken seit 1980 ständig.

Da in Österreich die Vermögen auf die obersten fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung konzentriert sind und kaum besteuert werden, fordert der ÖGB als zumutbaren Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Schuldenkrise daher eine Vermögenssteuer für Nettovermögen über 700.000 Euro. Damit könnten Einnahmen von rund drei Mrd. Euro erzielt werden. Auch die Erbschaftsteuer sollte – mit einem Freibetrag von einer Million Euro auf den gesamten Nachlass – wieder eingeführt werden.

Das ÖGB-Modell sieht einen Freibetrag von 700.000 Euro auf Haushaltsebene vor und belastet damit den sogenannten „Mittelstand“ nicht. Sie ist als Millionärssteuer zu verstehen, denn 90 Prozent der ÖsterreicherInnen haben ein Vermögen von weniger als 542.000 Euro. Auch Eigenheimbesitzer sind von der Steuer nicht betroffen – das mittlere Immobilienvermögen beträgt knapp über 200.000 Euro, 40 Prozent der ÖsterreicherInnen besitzen gar keine Immobilie. ■



Eine obdachlose Frau bettelt in Athen, Griechenland.

Aktionswoche

Als Antwort auf europaweite Sparpakete organisierte die GPA-djp gemeinsam mit ihren deutschen und Schweizer Schwestergewerkschaften ver.di und Unia Anfang November länderübergreifende Aktionswochen unter dem Motto „Geld ist genug da! Zeit für Steuergerechtigkeit“.



Bei zahlreichen Informationsveranstaltungen in Betrieben und auf der Straße sowie durch eine öffentliche Kampagne wurde gezeigt, wie das Wirtschaftswachstum ohne soziale Einschnitte wieder angekurbelt werden kann: über eine gerechtere Besteuerung und durch sinnvolle Umverteilungen.

Mehr über die Aktionswochen auf www.geld-ist-genug-da.eu und auf www.gpa-djp.at/reichtumsquiz

Buchtipp

Verteilen statt verspielen: Wege zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. Hrsg. Wolfgang Katzian, Lucia Bauer, David Mum. ÖGB-Verlag 2012.





Wilfried Altzinger, WU Wien: „Eine zu starke Polarisierung in der Vermögens- und Einkommensverteilung kann zu einer Gefährdung der Demokratie führen.“

Vermögensbesteuerung für mehr soziale Gerechtigkeit

Vermögen ist in Österreich äußerst ungleich verteilt. Wilfried Altzinger, Ökonom an der WU Wien, fordert Maßnahmen gegen die Vermögenskonzentration und zur Umverteilung.

Das Interview führte Andrea Rogy.

KOMPETENZ: Wie hoch ist Vermögen in Österreich?

Wilfried Altzinger: Die Österreichische Nationalbank (OeNB) hat Anfang Oktober eine neue Studie zur Verteilung der Immobilien- und Finanzvermögen in Österreich vorgestellt. Für die österreichischen Haushalte berechnet die OeNB ein Gesamtvermögen von 1.000 Mrd. Euro netto, welches sich zu 2/3 auf Immobilienvermögen und zu 1/3 auf Finanzvermögen verteilt und

einem Wert des 3,5-fachen BIPs entspricht. Niemals zuvor gab es in Österreich einen derart hohen Vermögensbestand.

KOMPETENZ: Wie ist dieses Vermögen verteilt?

Wilfried Altzinger: Gemessen werden kann die Verteilung am Gini-Koeffizienten, welcher zwischen 0 (völlige Gleichverteilung) und 1 (eine/r besitzt alles) liegen kann. Für die österreichische Vermögensver-

teilung erreicht der Gini-Koeffizient einen Wert von 0,76. Das ist auch im internationalen Vergleich ein sehr hoher Wert. Noch augenscheinlicher: Die reichsten zehn Prozent der Haushalte besitzen mehr als 60 Prozent des Vermögens.

KOMPETENZ: Warum ist Vermögen in Österreich so ungleich verteilt?

Wilfried Altzinger: Vermögen ist immer ungleicher verteilt als Einkommen, weil sich Vermögen über

Jahrzehnte und über Generationen akkumuliert. Vermögen kann durch Erträge aus bereits bestehendem Vermögen oder durch Erbschaften wachsen. Somit geht die Schere bei den Vermögen – ohne steuerliche Gegenmaßnahmen – immer weiter auseinander.

KOMPETENZ: Was sind die Gefahren einer derart hohen Vermögenskonzentration?

Wilfried Altzinger: Starke Ungleichheiten in der Vermögensverteilung bewirken sowohl ökonomische als auch politische Risiken: negative Wachstumseffekte und politische Instabilität. Die unteren Einkommenschichten investieren ihr Geld zu 100 Prozent in den Konsum und unterstützen somit Wachstum und Arbeitsplätze, hohe Einkommensbezieher hingegen veranlagen einen beträchtlichen Teil ihrer Einkommen in Finanzanlagen ohne Wachstums- und Beschäftigungseffekte.

KOMPETENZ: Mit welchen politischen Konsequenzen ist eine derartige Entwicklung verbunden?

Wilfried Altzinger: Eine zu starke Polarisierung in der Vermögens- und Einkommensverteilung kann zu einer Gefährdung der Demokratie führen. Konzentriert sich das Einkommen in den Händen einer kleinen Gruppe, läuft die Demokratie Gefahr, faktisch in eine Plutokratie, eine Herrschaft der Reichen, verwandelt zu werden.

KOMPETENZ: Wie kann man dieser Entwicklung gegensteuern?

Wilfried Altzinger: Eine Besteuerung von Vermögen kann an drei Punkten ansetzen: am Bestand, am Wertzuwachs sowie bei der Übertragung.

KOMPETENZ: Wie könnte das konkret funktionieren?

Wilfried Altzinger: Hinsichtlich der Besteuerung von Immobilienvermögen plädiere ich für eine Anpassung der Besteuerungsgrundlage von den Einheitswerten auf die Verkehrswerte. Einheitswerte von Grund und Boden entsprechen heute in der Regel maximal einem Zehntel des tatsächlichen Verkehrswertes. Diese Anpassung ist längst überfällig.

KOMPETENZ: Welche Möglichkeiten sehen Sie hinsichtlich der Besteuerung des Finanzvermögens?

Wilfried Altzinger: Erträge aus Finanzveranlagungen werden in Österreich mit 25 Prozent Kest endbesteuert. Die OeNB hat gezeigt, dass auch die Konzentration bei den Sparvermögen enorm ist. Mei-

Arbeitseinkommen sollten nicht höher als Kapitaleinkommen besteuert werden.

ner Meinung nach sollten alle Kapitalerträge individuell in den Steuererklärungen erfasst und progressiv versteuert werden.

KOMPETENZ: Wie könnte dies gemacht werden?

Wilfried Altzinger: Rein technisch wäre dies ohne großen Aufwand möglich. Jedoch wäre dafür eine Aufhebung des Bankgeheimnisses notwendig. Unter Gerechtigkeitsüberlegungen wäre es wünschenswert, wenn Arbeitseinkommen nicht höher als Kapitaleinkommen besteuert würden.

KOMPETENZ: Welche steuerlichen Maßnahmen wären notwendig hinsichtlich der Übertragung von Vermögen?

Wilfried Altzinger: Bei Erbschaften handelt es sich um leistungsloses Einkommen. Ich erachte rein aus Gerechtigkeitsüberlegungen die Wiedereinführung einer Erbschaftssteuer für unabdingbar. Auch hierbei sollte die Bemessungsgrundlage nicht aufgrund von Einheitswerten, sondern aufgrund von Verkehrswerten festgelegt werden.

KOMPETENZ: Wie sieht sinnvolle Umverteilung allgemein aus?

Wilfried Altzinger: Alle Einkommen sollten generell nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip auf individueller Ebene besteuert werden, unabhängig davon woher die Erträge stammen. Ergänzend sollten auch Erbschaften, Vermögenszuwächse und zumindest die Bestände an Grund- und Immobilienvermögen in Form der Grundsteuer besteuert werden.

Es ist sodann Aufgabe der parlamentarischen Demokratie, die erzielten Einnahmen so zu verwenden, dass sowohl die öffentliche Infrastruktur eine gute Grundlage für wirtschaftliche Aktivitäten bietet, aber gleichzeitig auch der soziale Zusammenhalt gewährleistet bleibt. Dabei denke ich sowohl an eine Entlastung von niedrigen Einkommensbezieher*innen als auch an den Ausbau von vorschulischen Betreuungseinrichtungen sowie des Schul- und Gesundheitssystems. Nur dies erhält den sozialen Frieden im Land. Und dies ist und bleibt das wichtigste öffentliche Gut unserer Gesellschaft! ■

Wilfried Altzinger lehrt am Institut für Geld und Finanzpolitik der WU Wien. Sein Forschungsschwerpunkt ist Verteilungstheorie und -politik.

Kommentar



© Nurih Wagner-Strauss

Ein Gebot der Vernunft

Höhere Vermögenssteuern sind nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der wirtschaftlichen Vernunft.

Von Wolfgang Katzian

Fordert man heute eine höhere Besteuerung von Vermögen in Österreich, so kommen postwendend die Gegenargumente der Gegner einer solchen Steuer. Man belaste damit den Mittelstand und die Leistungsträger, die einkommensschwachen Schichten hätten nichts davon, wenn die Reichen etwas ärmer würden.

Beide Argumente entbehren jeder Grundlage. Wenn ich die Freigrenze für eine Besteuerung bei 700.000 Euro ansetze, wie dies das ÖGB-Modell vorsieht, dann frage ich mich, welcher Mittelstand damit wohl gemeint ist. Ich war in letzter Zeit viel in Betrieben unterwegs, und die GPA-djp vertritt ja auch gut verdienende ArbeitnehmerInnen. Ich habe niemanden angetroffen, den eine solche Steuer belasten würde. Als belastend werden ganz andere Dinge empfunden, etwa dass unterm Strich von den Gehaltserhöhungen nach Steuern und Abgaben zu wenig übrig bleibt. Es ist auch falsch und irreführend zu behaupten, von einer

Reichensteuer, und genau das soll die Vermögenssteuer sein, würde niemand profitieren. Zum Glück beruht unser progressives Steuersystem darauf, dass Bezieher hoher Einkommen mehr zur Finanzierung des Staatshaushaltes beitragen als schlechter verdienende. Es ist merkwürdig, dass ein Prinzip, das im Bereich der Lohnsteuer

Mit den Einnahmen aus der Vermögenssteuer könnten wichtige Zukunftsprojekte finanziert werden.

selbstverständlich angesehen ist, bei den Vermögen außer Kraft gesetzt sein soll. Mit den Einnahmen aus der Vermögenssteuer könnten wichtige Zukunftsprojekte finanziert und Arbeit entlastet werden. Womit wir auch schon beim wirtschaftlichen Argument sind.

Ganz große Vermögen haben wenig produktive Wirkung für eine Volkswirtschaft, und spekulative Veranlagungen vergrößern die Gefahr von Unsicherheiten und Zusammenbrüchen. Es ist ein Gebot der

wirtschaftlichen Vernunft, finanzielle Ressourcen, die in Überfluss vorhanden sind, in Investitionen, in Konsum und Nachfrage zu lenken. Das ist eine der großen Herausforderungen, vor denen nicht nur die Politik in Österreich, sondern im gesamten Europa steht.

Derzeit herrscht in der europäischen Politik noch eine Form der Krisenbekämpfung vor, die da heißt, den betroffenen Krisenländern drakonische Sparmaßnahmen und Strukturreformen zu verordnen. Aber mit jeder neuen Horrormeldung über gestiegene Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Einbrüche werden die Stimmen lauter, die auf einen Kurswechsel weg von der Austeritätspolitik, die auf Reduktion der Staatsschulden primär durch Sparen setzt, drängen. Erfolgt dieser Kurswechsel nicht, dann droht das europäische Projekt zu scheitern, mit allen unerfreulichen politischen und ökonomischen Nebenwirkungen. Wenn der Ausweg aus der Krise gelingen soll, dann müssen die Reichen und die Eliten bereit sein, ihren Beitrag zu leisten. ■



© Thomas Reimer

Europäischer Aktionstag

Streiks in Südeuropa, Solidarität in Österreich.

Für den 14. November hatte der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) zu einem europäischen Solidaritäts- und Aktionstag aufgerufen. Unter dem Motto: „NEIN zur ruinösen Sparpolitik in Europa!“ streikten Gewerkschaften in Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und Zypern gegen die Spar- und Krisenpolitik der EU. In zahlreichen europäischen Ländern fanden Protest- und Solidaritätsaktionen statt. In Österreich organisierte der ÖGB in Wien eine Solidaritätskundgebung mit dem südeuropäischen Streiktag.

Immer sichtbarer werden die tiefgreifenden sozialen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa: Seit 2007 ist die Arbeits-

losenquote in der EU um mehr als 20 Prozent gestiegen, fast 26 Mio. Menschen sind heute EU-weit ohne Arbeit. In mehreren EU-Ländern ist fast jeder Vierte ohne Job, und die Jugendarbeitslosigkeit beträgt mehr als 50 Prozent. Mehr als 80 Mio. Menschen sind europaweit armutsgefährdet.

Europa braucht einen sozialen Kurswechsel. Jetzt! Die GPA-djp unterstützt gemeinsam mit dem ÖGB die Forderungen des EGB für einen Sozialpakt in Europa und erklärt sich solidarisch mit den Protesten der Gewerkschaften in Südeuropa.

Mehr dazu:
www.gpa-djp.at/internationales

„Lasst uns studieren!“

Mit der neuen Initiative „Lasst uns studieren!“ hat die Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH) eine breite Plattform ins Leben gerufen, die sich für einen freien und offenen Hochschulzugang einsetzt. Ziel ist, eine Plattform für eine kritische Gegenöffentlichkeit zu schaffen und aufzuzeigen, dass eine breite Öffentlichkeit sich mit der derzeitigen Entwicklung an den Hochschulen nicht zufriedengibt.

Die ÖH hat dazu eine parlamentarische BürgerInneninitiative gestartet. Die Initiative unterschreiben können Sie auf der Homepage des Parlaments: www.parlament.gv.at
Mehr Infos zur ÖH-Initiative gibt's hier: www.lasstunsstudieren.at

Michael Ritzinger folgt Franz Bittner



© GPA-djp

Wechsel im GPA-djp-Wirtschaftsbereich Druck, Kommunikation, Papierverarbeitung (WB 08): Der langjährige Vorsitzende und ehemalige Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse, Franz Bittner, tritt seinen Ruhestand als Vorsitzender an. Ihm folgt Michael Ritzinger nach. Der Betriebsratsvorsitzende in der Druckerei der Firma Mediaprint wurde Ende September mit 100 Prozent der abgegebenen Stimmen zum neuen Vorsitzenden des Wirtschaftsbereiches gewählt.

Franz Bittner hatte seit Dezember 2006 den WB Druck, Kommunikation, Papierverarbeitung als Vorsitzender geführt und war ebenfalls seit 2006 stv. Vorsitzender der GPA-djp. Er wurde im Anschluss an die Wahl würdevoll verabschiedet. Neben Michael Ritzinger als Vorsitzender wurden auch Alois Freitag, Günther Jurtitsch, Rudolf Spitzer und Franz Prohaska als seine Stellvertreter neu gewählt.



Foto: APA, Georg Hochmuth

Die Arbeitnehmervertreter Rainer Wimmer (PRO-GE) und Karl Proyer (GPA-djp) am 19. 10. 2012, kurz vor dem Ende der Verhandlungen über einen Kollektivvertrag für die 120.000 Beschäftigten der Maschinen- und Metallwarenindustrie.

Metallindustrie: Einheitlicher Leit-Kollektivvertrag

Obwohl sechs getrennte KV-Abschlüsse verhandelt werden mussten, konnten die Gewerkschaften alle gleichermaßen erfolgreich abschließen.

Von Martin Panholzer

Nachdem der größte Fachverband der gesamten Metallindustrie – der Fachverband Maschinenbau und Metallwarenindustrie (FMMI) – die Verhandlungsgemeinschaft verlassen hat, wurde die heurige Metallrunde in sechs getrennten Verhandlungsrunden über die Bühne gebracht. Unterm Strich bleibt ein einheitlicher Kollektivvertrag und völlig gleiche Abschlüsse in allen Bereichen sowie die Frage nach dem Sinn der neuen Struktur.

Bereits im Frühjahr hatte der FMMI das Verlassen der freiwilligen Verhandlungsgemeinschaft auf Arbeitgeberseite bekannt gegeben. Damit

wurden trotz Protesten der Gewerkschaften getrennte Verhandlungen mit allen Fachverbänden notwendig. Erklärt wurde dieses Vorgehen mit der Notwendigkeit, besser auf spezifische Bedingungen des jeweiligen Bereiches eingehen zu können. Die Verhandlungen mit dem FMMI gestalteten sich dann auch streckenweise sehr schwierig. Die Forderungen der Arbeitgeber – gesonderte Wege bei Lohn- und Gehaltsfindung sowie bei der Arbeitszeitgestaltung zu gehen – wurden von den Gewerkschaften abgelehnt. Nicht weil man sich grundsätzlich gegen die Diskussion über neue Wege versperrt, sondern weil man überhaupt keinen Grund sah, Entwicklungen, die alle

Bereiche gleich betreffen, nur mit einem Fachverband zu behandeln.

Gewerkschaften zeigen Stärke

Am 19. Oktober einigten sich die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp mit dem FMMI nach vier Verhandlungsrunden auf eine Erhöhung der Mindestlöhne und -gehälter zwischen 3,4 und 3,3 Prozent sowie der IST-Löhne und -gehälter um 3,3 bis 3,0 Prozent. Von den zahlreichen rahmenrechtlichen Forderungen der Arbeitgeber wurde keiner einzigen zugestimmt.

Vorangegangen waren der Einigung eine österreichweite Betriebs-

rätInnenkonferenz mit mehr als 1.000 TeilnehmerInnen und mehr als 300 Betriebsversammlungen. „Dass die Arbeitgeber des FMMI von ihren ursprünglichen Vorhaben, Lohn- und Gehaltsdifferenzierungen innerhalb des Fachverbandes zwischen einzelnen Betrieben vorzunehmen, abrückten, hat sehr viel damit zu tun, dass wir gezeigt haben, dass wir auch unter den Bedingungen getrennter Verhandlungen voll mobilisierungsfähig sind, und die Arbeitgeber spürten, dass die Belegschaften in den Betrieben wenig von derartigen Vorgehen halten“, so der Verhandlungsführer der GPA-djp, Karl Proyer.

Einheitlicher KV bleibt

Nach dem Abschluss mit dem FMMI folgten die Fachverbände der Gießereiindustrie, der Fahrzeugindustrie, der Gas- und Wärmeunternehmen, der Nichteisenmetallindustrie und von Bergbau-Stahl in je zwei Verhandlungsrunden mit dem exakt gleichen Abschluss. Damit haben die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp nach sieben Wochen, mehr als 100 Stunden und insgesamt 14 Verhandlungen mit den sechs Fachverbänden der Metallindustrie am 30. Oktober ihr Ziel eines einheitlichen Kollektivvertrages und eines einheitlichen Lohn- und Gehaltsabschlusses für alle 180.000 Beschäftigten erreicht.

„Es waren zum großen Teil sehr partnerschaftliche Verhandlungsrunden und die Gewerkschaften bekennen sich auch zu einer Partnerschaft, die den Beschäftigten etwas bringt“, erklärten der Vorsitzende der PRO-GE Rainer Wimmer und der stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp Karl Proyer nach Abschluss der Verhandlungen. Trotzdem kritisieren PRO-GE und GPA-djp weiterhin vehement

die Beschlüsse einiger Arbeitgebergruppen zu getrennten Verhandlungen in der Metallindustrie.

„Diese Aufspaltung bleibt ein mutwilliger Bruch mit einer 40-jährigen erfolgreichen Verhandlungsgemeinschaft. Die Sinnhaftigkeit der aufgezwungenen Verhandlungsstruktur wird nach sieben Wochen KV-Marathon jeder betroffene Metall-Beschäftigte klar mit ‚Nein‘ beantworten. Ebenso schütteln wohl einige Arbeitgeber die Köpfe über so viel strukturelle Ineffizienz“, geben Wimmer und Proyer zu bedenken.

Rückkehr zu Effizienz

PRO-GE und GPA-djp haben es trotz verändertem und kompliziertem Verhandlungsablauf geschafft, einen deutlichen Reallohn- und Gehaltszuwachs zu erreichen. Geltungstermin für den neuen einheitlichen Kollektivvertragsabschluss Metallindustrie ist der 1. November. Die von den Wirtschaftsfor-

Die Metallindustrie hat immer noch Signalwirkung für die anderen Branchen.

schem prognostizierte Jahresinflationsrate für 2012 liegt derzeit bei 2,4 Prozent. „Das sehr gute Niveau der Lohn- und Gehaltserhöhungen wird bald noch deutlicher werden. Die Stärkung der Kaufkraft für die 180.000 Beschäftigten und die Signalwirkung für andere Branchen werden auch der österreichischen Wirtschaft helfen. Vor allem bei den derzeit durchwachsenen Konjunkturprognosen“, analysiert Proyer. „Die Industrie und die gesamte Wirtschaft stehen jedoch angesichts der Schuldenkrise in Europa vor riesigen Herausforderungen. Der Einbruch der Wirtschaft in eini-

gen südeuropäischen Ländern wird nicht ohne Folgen für das übrige Europa bleiben. Ob es in einer solch heiklen und angespannten Situation intelligent und verantwortungsvoll ist, eine bewährte Verhandlungsstruktur aufs Spiel zu setzen, darauf soll sich jeder selbst einen Reim machen. Die Gewerkschaften werden jedenfalls alles daran setzen, wieder den bewährten sozialpartnerschaftlichen Weg einer effizienten Verhandlungsführung einzuschlagen“, so Proyer. ■

Alle Abschlüsse der Metallindustrie

Maschinenbau und Metallwaren (120.000 Beschäftigte): KV-Löhne und Gehälter 3,4 bis 3,3 %, IST-Löhne und Gehälter 3,3 bis 3,0 %

Fahrzeugindustrie (30.000 Beschäftigte): KV-Löhne und Gehälter 3,4 bis 3,3 %, IST-Löhne und Gehälter 3,3 bis 3,0 %

Bergbau-Stahl (17.000 Beschäftigte): KV-Löhne und Gehälter 3,4 bis 3,3 %, IST-Löhne und Gehälter 3,3 bis 3,0 %

Nichteisenmetallindustrie (6.500 Beschäftigte): KV-Löhne und Gehälter 3,4 bis 3,3 %, IST-Löhne und Gehälter 3,3 bis 3,0 %

Gießereiindustrie (7.000 Beschäftigte): KV-Löhne und Gehälter 3,4 bis 3,3 %, IST-Löhne und Gehälter 3,3 bis 3,0 %

Gas- und Wärmeunternehmen (6.000 Beschäftigte): KV-Löhne und Gehälter 3,4 bis 3,0 %, IST-Löhne und Gehälter 3,3 bis 3,0 %



Ende Oktober machten Hunderte JournalistInnen ihrem Unmut über die Aufkündigung des Kollektivvertrages durch die Arbeitgeber Luft.

Foto: Willi Denk

Tauziehen um JournalistInnen-KV

Jahrelanges Ringen um einen neuen Kollektivvertrag und die Aufkündigung desselben brachte im Oktober österreichweit zahlreiche JournalistInnen auf die Straße.

Von Franz C. Bauer

Rund dreieinhalb Verhandlungsjahre, rund drei Dutzend Verhandlungsrunden – und dann auch noch die Kündigung des Kollektivvertrages: Das Tauziehen um einen neuen Journalisten-Kollektivvertrag für Tages- und Wochenzeitungen sowie für die entsprechenden Online-Redaktionen gestaltete sich mühsam und konfliktreich. Doch zunächst die positive Nachricht: Es ist gelungen, die von den Unternehmern ausgesprochene Kündigung des Kollektivvertrags rückgängig zu machen. Eine – ja, sagen wir’s ruhig: überraschend gut besuchte – Kundgebung vor den Räumlichkeiten des Kollektivvertragspartners VÖZ hat gezeigt, dass auch Journalistinnen und Journalisten bereit sind, für wichtige Ziele

auf die Straße zu gehen. Eine Berufsgruppe, in der Individualismus groß und Solidarität üblicherweise etwas weniger groß geschrieben wird, hat ein machtvolles Zeichen in der Öffentlichkeit gesetzt. Und wichtig ist das Ziel jedenfalls, für das man gemeinsam kämpft: Es gilt, einen Kollektivvertrag abzuschließen, der nicht nur den Printbereich, sondern auch die Onlineredaktionen und die sogenannten „Freien“ (aus Sicht der Journalistengewerkschaft in der GPA-djp prekäre Dienstverhältnisse) umfasst, und der die ausgegliederten Redaktionsteile wieder in den Journalisten-Kollektivvertrag zurückholt.

Es gilt aber auch, keine „kollektivvertragslose Zeit“ zu riskieren. Die

Unternehmervorteile haben im Gegenzug für die Rücknahme der Kündigung für das Jahr 2013 eine vierteljährliche Kündigungsfrist gefordert, ebenso die Rücknahme der vom Präsidium der Journalistengewerkschaft in der GPA-djp gefassten Streikbeschlüsse. Beiden Forderungen haben wir entsprochen, da auch für uns die gleichen Argumente gelten, wie wir sie für die Rücknahme der Kündigung angeführt haben: Sinnvoll verhandeln kann man nicht, wenn die Messer bereits offen sind, sondern nur auf der Basis gegenseitigen Vertrauens.

Wichtig war die Erfahrung einer Kollektivvertragskündigung für die betroffenen Journalistinnen und

Journalisten aus zwei Gründen: Erstens, weil eine üblicherweise eher „friedliche“ Berufsgruppe erkannt hat, dass man bisweilen für seine Rechte kämpfen und dafür auch auf die Straße gehen muss, und dass das dann auch funktioniert – unterstützt durch die straffe, schlagkräftige Infrastruktur der GPA-djp. Zweitens aber, weil es für uns Journalistinnen und Journalisten eine wichtige Erfahrung ist: zu sehen, wie bedeutend ein Kollektivvertrag ist, wie wichtig eine starke Vertretung ist, wie bedrohlich eine Situation für jede und jeden von uns rasch werden kann – und wie man sich als Betroffener dann fühlt. Ein interessanter Impuls auch für die künftige Berichterstattung über ähnliche Themen.

Druck und Gegendruck

Was hätte die Vertragskündigung bedeutet: Zunächst einmal für die Bereiche Online, Freie und Ausgliederte, dass ein wichtiges Argument in den Verhandlungen über den neuen Vertrag – nämlich die Existenz des aktuellen Vertrages – weggefallen wäre. Wenn es keinen alten Vertrag gibt, so muss es auch keinen neuen geben, so hätten die Unternehmer argumentieren können. Für jene, die sich im aktuellen Vertrag befinden, hätte sich zunächst nichts geändert – der gekündigte Vertrag wird quasi zum Bestandteil des neuen Vertrages. Allerdings kann ein Einzeldienstvertrag jederzeit durch übereinstimmende Willenserklärungen abgeändert werden. Es wäre wohl nur eine Frage der Zeit, wann die Unternehmer/Manager versuchen würden, vor allem ältere Kolleginnen und Kollegen zum „freiwilligen“ Verzicht zumindest auf Quinquennien zu „überreden“. Bereits jetzt sind ja solche Fälle bekannt.

Wozu führen Druck und Gegendruck? Endlose Streitereien, Klagen, Betriebsversammlungen, Krankenkassenprüfungen, Visiten der Arbeitsinspektorate – all das hätte auf Jahre Unruhe in die Branche gebracht. Ebenso unangenehm wären die Konsequenzen für die – überwiegend jüngeren – Kolleginnen und Kollegen in den Onlineredaktionen, den ausgegliederten Redaktionsteilen und bei den „Freien“. Wäre die Kündigung des KV aufrecht geblieben, dann wären Lohn- und Sozialdumping sowie rechtlich fragwürdige Umgehungsstrukturen noch stärker als

Unabhängiger Journalismus braucht faire und gesicherte Rahmenbedingungen.

schon bisher im Vormarsch. Was wäre die Konsequenz gewesen? Auch hier mühsame rechtliche Auseinandersetzungen, Unruhe in den Unternehmen, Unsicherheit für alle Beteiligten.

Rahmenbedingungen

Nun ist zügiges Verhandeln gefragt. Was muss der neue Kollektivvertrag leisten: Zunächst muss er faire materielle Voraussetzungen für Menschen gewährleisten, die in einem stressigen, verantwortungsvollen und exponierten Beruf tätig sind. Unabhängiger Journalismus ist nur unter gesicherten materiellen Rahmenbedingungen möglich. Wer ständig nur ums bloße Überleben kämpfen muss, wer täglich um seine Existenz fürchten muss, wer bei kritischen Berichten oder Kommentaren vom akuten Jobverlust bedroht ist, dessen journalistischer Spielraum ist durch die materiellen Rahmenbedingungen stark eingeschränkt. Insbesondere gilt dies

Video

Das Video zur Kundgebung der JournalistInnen im Oktober finden Sie auf unserer Homepage www.gpa-djp.at oder mit Hilfe des QR-Codes.



für die zahlreichen sogenannten „Freien“, die teils als journalistische Tagelöhner systemerhaltende Tätigkeiten in den Redaktionen ausüben.

Freilich geht es keineswegs nur um die materiellen Rahmenbedingungen. Die von den Unternehmern als „Ausweidlösungen“ in Onlineredaktionen und ausgegliederten Redaktionsteilen verwendeten IT- oder Werbungs-Kollektivverträge gehen in keiner Weise auf journalistische Bedürfnisse ein und eignen sich nicht für die Anwendung in Redaktionen. Urheberrecht und Meinungsschutz existieren in diesen Verträgen nicht. Demokratie braucht einen starken und unabhängigen Journalismus, und ein unabhängiger Journalismus braucht faire und gesicherte Rahmenbedingungen, die in einem neuen Kollektivvertrag festgeschrieben werden müssen. ■

Franz C. Bauer ist Vorsitzender der Journalistengewerkschaft in der GPA-djp.



Wir lassen Sie nicht
im Regen stehen –
auch dann nicht,
wenn es um Ihr Recht
im Ausland geht!

© ally_fotolia.com

Grenzüberschreitende Hilfe

Die Rechtsabteilung der GPA-djp hilft ihren Mitgliedern auch dann, wenn sich Probleme in einem anderen Land als Österreich ergeben. Kooperiert wird mit der Gewerkschaft vor Ort.

Von Alexia Weiss

Eine Deutsche pendelte fünf Monate lang aus Bayern nach Tirol, um dort in einem Hotel zu arbeiten. Sie wurde gekündigt – und wandte sich an ihre Gewerkschaft um Hilfe. Diese Kündigung anzufechten war nicht möglich, da das Dienstverhältnis kürzer als sechs Monate gedauert hatte, sagt Gerda Höhrhan-Weiguni von der Rechtsabteilung der GPA-djp. „Wir konnten aber erreichen, dass sie für geleistete Überstunden noch eine Nachzahlung von rund 4.000 Euro und ein Dienstzeugnis erhalten hat. Das war für sie dann ein positiver Abschluss einer unerfreulichen Sache.“ Wäre dies einem Tiroler in Bayern passiert, hätte ihn umgekehrt die deutsche Gewerkschaft ver.di vertreten.

Dass Mitglieder der GPA-djp in Rechtsfragen von der Gewerkschaft unterstützt werden, ist bekannt.

Nicht alle ArbeitnehmerInnen wissen, dass dies auch bei Problemen gilt, wo Arbeitgeber oder Pensionsfragen in anderen Ländern involviert sind. Die Vorgangsweise ist in diesen Fällen folgende: Man wendet sich an die GPA-djp – und diese nimmt dann Kontakt z. B. mit der deutschen ver.di auf. Die anwaltliche Vertretung vor Gericht, so nötig, übernimmt die Gewerkschaft vor Ort. Vor Gericht sind jeweils nur die national tätigen Anwälte zugelassen.

Rechtsschutz jenseits der Grenze

Ob Arbeitsrecht oder Pensionsrecht: hier gilt der gewerkschaftliche Rechtsschutz für Mitglieder auch jenseits der österreichischen Grenze. Die meisten Anfragen erreichen die GPA-djp im Bereich Berufsunfähigkeitspension. „Der klassische Fall ist, dass in Österreich eine Berufs-

unfähigkeitspension zugesprochen, in Deutschland aber ein negativer Bescheid ausgestellt wurde. Die Gewerkschaft ver.di vertritt die Betroffenen dann vor dem zuständigen Gericht. Hier kommt es meistens zu guten Lösungen.“

Aber auch bei der Prüfung von Dienstverträgen oder der Frage der Anrechnung von Dienstzeiten im Ausland auf die Pension ist die GPA-djp behilflich. „Das Europarecht regelt hier ganz klar die Teilpensionen.“ Die Höhe der dann jeweils in den einzelnen Ländern ausbezahlten Teilpension richtet sich nach den nationalen Tarifen. Höhrhan-Weiguni empfiehlt daher: auch bei Rechtsproblemen außerhalb Österreichs bei der zuständigen Region der GPA-djp melden! Damit ist man meist der Lösung des Problems schon ein Stückchen nähergekommen. ■



Mietwagen Car Rental



Foto: Stefan Kiefer, picturedesk.com

Lehrlinge um 86.000 Euro geprellt

Keine Lehrstellenförderungen mehr für Charterline (Buchbinder).

Mangelnde Ausbildungsbedingungen, Lehrlinge, die regelmäßig Tätigkeiten verrichten mussten, die nichts mit ihrer Ausbildung zu tun haben und Bezahlung nach Willkür des Arbeitgebers – Bundesjugendsekretär Helmut Gotthartsleitner machte bereits im Frühjahr auf die Situation der Bürolehrlinge beim Autoverleiher Charterline (Buchbinder) aufmerksam.

Die GPA-djp hat 40 Lehrlinge gegenüber Charterline vertreten und Nachzahlungen von mehr als 86.000 Euro (!) erstritten. Außerdem konnte erreicht werden, dass

das Unternehmen keine Lehrstellenförderung mehr bekommt. Auch der Entzug der Lehrberechtigung für die Firma Charterline wurde beantragt.

Gotthartsleitner rät allen Lehrlingen, die Probleme mit dem Arbeitgeber haben, sich an die GPA-djp zu wenden. „Lehrlinge haben ein Recht auf Ausbildung statt auf Ausbeutung! Wir unterstützen sie bei der Durchsetzung ihrer Anliegen und ihrer offenen Ansprüche!“

Servicetelefon: 05 03 01-301

Vorlesung „Arbeitswelt!“ an der Uni Wien

Die gemeinsame Lehrveranstaltung mit der Universität Wien unter dem Titel „Arbeitswelt! Beschäftigte und Unternehmen in der Globalisierung“ geht nach der erfolgreichen ersten Durchführung im Sommersemester 2012 nun als Vorlesung am Institut für Politikwissenschaften im Wintersemester 2012/2013 in die Verlängerung: Kernelement und „Spezialität“ der Lehrveranstaltung sind vier Betriebsexkursionen mit den Studierenden, die gemeinsam mit BetriebsräInnen organisiert werden.

Mehr Infos unter <http://arbeitswelt.gpa-djp.at>

Globalrunde Sozialwirtschaft



Erstmals finden heuer die Kollektivvertragsverhandlungen für den Gesundheits- und Sozialbereich (BAGS-KV) gemeinsam mit den karitativen Einrichtungen (Caritas) und der Diakonie in einer großen Globalrunde (Sozialwirtschaft) statt. Betroffen von dieser neuen Verhandlungsstruktur sind in ganz Österreich ca. 110.000 Beschäftigte.

Auftakt ist am 13. Dezember 2012 mit der Übergabe der Forderungen vonseiten der GPA-djp und der vida an die Arbeitgeber. Die Verhandlungstermine sind für den 10.1. und den 24.1.2013 angesetzt. „Wir gehen heute sehr gut vorbereitet in diese Verhandlungen. Die Beschäftigten dieses volkswirtschaftlich immer wichtiger werdenden Zukunftsbereiches erwarten völlig zu Recht ein deutliches Gehaltsplus“, so der zuständige Wirtschaftsbeiratssekretär der GPA-djp Reinhard Bödenauer.



Foto: Willi Denk

Über 5.000 Menschen demonstrierten Anfang Oktober in Wien gegen schlechte Arbeitsbedingungen in Kindergärten.

Achtung, Einsturzgefahr!

Österreichs Kinder brauchen KindergartenpädagogInnen, die zeitgemäß arbeiten können. Die Arbeitsbedingungen sind unzumutbar.

Von Christian Resei

KindergärtnerInnen vermitteln Elementarbildung. Sie leisten harte Arbeit und erhalten wenig Lohn. In ganz Österreich arbeiten rund 50.000 Beschäftigte in Kindergärten und Kindertagesheimstätten, sie betreuen 320.000 Kinder. 98 Prozent dieser Beschäftigten sind Frauen. „Wir wollen gut arbeiten und jedes Kind bestmöglich fördern, doch man sieht die Grenzen, weil das Umfeld nicht passt“, erklärt Regina Huprich, die Betriebsratsvorsitzende der St.-Nikolaus-Kindertagesheimstiftung in der Erzdiözese Wien, die 820 KollegInnen vertritt. Karin Samer, Betriebsratsvorsitzende für den pädagogischen Bereich der Kinderfreunde, kümmert sich um die Rechte von 900 PädagogInnen. Gemeinsam mit 5.000 Menschen haben Huprich und Samer Anfang Oktober unter dem Motto „Achtung Einsturzgefahr!“ in Wien gegen unzumutbare Rahmenbedingungen in elementaren Bildungseinrichtungen demonstriert.

Fordernder Beruf

KindergartenpädagogIn ist ein komplexer und Kräfte raubender Beruf. Das Spannungsfeld liegt zwischen den fordernden Eltern mit hohem Bildungsniveau, die

ihre Kinder schon im Vorschulalter fit für die Berufswelt machen wollen, und Kindern mit geringen Sprachkenntnissen. Ein Mangel an Sprachkenntnissen bedeutet nicht automatisch, dass Kinder migrantischer Herkunft gemeint sind. Sprachliche Defizite bei Kindern mit deutscher Muttersprache sind keine Seltenheit. Wien als Zuwanderungsstadt hat eine hohe Sprachvielfalt. Im vergangenen Jahr lag der Anteil an Kindergartenkindern mit nicht-deutscher Erstsprache bei 56,3 Prozent. „Natürlich sollten wir dabei auf die unterschiedlichen Traditionen und Denkweisen eingehen“, berichtet Karin Samer.

Derzeit liegt der Betreuungsschlüssel in Österreich bei 25 Kindern pro Gruppe. Eine Kindergruppe wird von einer Vollzeitpädagogin und einer Hilfskraft betreut. Keine ideale Situation, weder für die Kinder, noch für die BetreuerInnen. Einer EU-Empfehlung nach sollten es nicht mehr als 16 Kinder pro Gruppe sein. Ein weiteres Problem ergibt sich bei den KindergartenhelferInnen. Sie sind in vielen Kindergärten nur Teilzeit beschäftigt. Regina Huprich: „Gesetzlich ist nicht geregelt, wie viel Zeit die Hilfskraft in der Kindergartengruppe verbringen muss.“ In ihren Tätigkeitsbereich fallen u. a. die Zubereitung des Essens, aber auch die Hygiene von Abwaschen bis Staub wischen. „Da bleibt an Betreuungszeit in der Gruppe nicht mehr viel übrig“, kritisiert Huprich.

Schlechtes Image

KindergartenpädagogIn ist ein Beruf, der in der Öffentlichkeit zu unrecht als wenig anspruchsvoll gilt und überdies schlecht bezahlt ist. Nicht allzu viele junge Menschen drängen daher in den Beruf. „Es gibt Leute, die glauben, dass wir mit den Kindern ein bisschen spielen gehen und das war es“, ärgert sich Karin Samer. Welchen Aufwand es tatsächlich bedeutet, ein Kind in seiner Entwicklung zu begleiten, ist nur wenigen bewusst. Ebenso wenig wie die Tatsache, dass Zweijährige und Sechsjährige in einer Gruppe nicht die gleichen Anforderungen stellen. Betriebsratsvorsitzende Samer fordert hier konkret eine Lösung: „Da muss eine Pädagogin schon einen großen Spagat machen, wenn sie ein Kind dort abholen möchte, wo es gerade steht. Deshalb ist es für Kindergruppen notwendig, neben der Vollzeitpädagogin auch eine Vollzeitassistentin zu haben, die rein zur Unterstützung der pädagogischen Arbeit da ist.“

Auch das Ausbildungssystem verdient dringend eine Aufwertung, fordert Huprich: Seit in Malta vor kurzem eine tertiäre Ausbildung eingeführt wurde, ist Österreich das einzige Land in Europa mit einem nicht-akademischen Abschluss. Die jungen Frauen entscheiden sich mit 14 Jahren für diesen Beruf und werden in Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik ausgebildet. Nach der Ausbildung treten derzeit viele die Flucht an: Nur dreißig Prozent der ausgebildeten KindergartenpädagogInnen arbeiten auch in ihrem Beruf. Karin Samer kennt eine Klasse aus dem Vorjahr, die 22 AbsolventInnen hervorbrachte – und nur vier dieser ausgebildeten PädagogInnen sind auch tatsächlich in den Beruf eingestiegen. Bei einer Berufsentscheidung mit 18 hingegen wird der Beruf später meist auch ausgeübt.

Misstände in ÖÖ

Zwar ist die Ausbildung in ganz Österreich einheitlich, doch jedes Bundesland hat sein eigenes Kindergarten-Gesetz. Noch schlimmer ist es bei den Dienstrechten, denn davon existieren über 60 verschiedene. Dieser absurde Umstand

führt auch zu gravierenden Missständen: So werden die Angestellten bei der Caritas und Pfarrcaritas in Oberösterreich in den ersten zwölf Berufsjahren unter dem Niveau des Mindestlohntarifs für private Kinderbetreuungseinrichtungen entlohnt. HelferInnen, deren Gehalt ohnehin empörend niedrig ist, verdienen dort um bis zu 200 Euro monatlich weniger als ihre KollegInnen, die bei Gemeinden angestellt sind. Über 500 von ihnen protestierten daher Ende September vor dem Bischofssitz in Linz gegen diese ungerechte Entlohnung. Nicht der erste Protest dieser Art. „Die katholische Kirche ist Eigentümerin der Caritas und somit verantwortlich für diesen skandalösen Zustand“, zeigt sich der Regionalgeschäftsführer der GPA-djp OÖ, Andreas Stangl, empört.

„Auch abseits von Extrembeispielen spiegelt die Bezahlung nicht die Belastung und die Arbeitsleistung des Berufs wider“, weiß Regina Huprich. Trotzdem will sie niemandem von dem Beruf abraten: „Es zahlt sich aus, Kindergartenpädagogin zu sein, denn die Kinder geben extrem viel zurück.“



Foto: GPA-djp

Mit dem Slogan „Engel brauchen kein Gehalt – Wir schon!“ protestierten Ende September über 500 KindergartenpädagogInnen in Linz.



© iStockphoto.com, Diego Cervio

Rat und Hilfe

Rechtsinfos sowie die Umfrage der GPA-djp sind abrufbar auf:
www.handelslehrling.at

Bessere Ausbildung gefordert

Mehr Qualität bei der Lehre, weniger Überstunden und Samstagsarbeit für Österreichs Handelslehrlinge. Ergebnisse einer Umfrage.

Von Alexia Weiss

Der Handel beschwert sich seit Jahren, wie schwierig es sei, gute Lehrlinge zu bekommen, beklagt der Bundesjugendsekretär der GPA-djp, Helmut Gotthartsleitner. Aus der Perspektive der Lehrlinge in dieser Branche sieht ihr Alltag allerdings alles andere als rosig aus: 45 Prozent von ihnen arbeiten nicht in ihrem Wunschberuf – weil es die über 200 Lehrberufe zwar in der Stadt, nicht aber im ländlichen Raum gibt. 64 Prozent der Lehrlinge im Handel haben bereits einmal Überstunden geleistet – mehr als die Hälfte von ihnen nicht freiwillig, ergibt die aktuelle Befragung der GPA-djp von Lehrlingen im Handel. Für ein Fünftel der geleisteten Überstunden gab es weder Geld noch Zeitausgleich.

Gleichzeitig versuchen die Betriebe, sukzessive Ausbildungsinhalte auf die Berufsschule abzuwälzen, kritisiert Gotthartsleitner. Doch hier gibt es nicht genügend Unterrichts-

stunden. 1.250 sind es in Wien, 1.080 in allen anderen Bundesländern. Insgesamt krankt es an der Qualität der Lehrausbildung: Wer einmal die Genehmigung erhalten hat, Lehrlinge auszubilden, kann dies über Jahre tun, ohne nochmals kontrolliert zu werden.

Hier möchte die Gewerkschaft nun ansetzen: Anstatt zu beklagen, dass aus der Pflichtschule AbsolventInnen kommen, die beispielsweise nicht sinnerfassend lesen können, muss in das duale Ausbildungssystem investiert werden. Fazit des Bundesjugendsekretärs: Wenn sich nicht bald etwas ändert, werden die Lehrlingszahlen im Handel einbrechen.

Forderungen

Was will die GPA-djp? Einerseits eine fundierte Ausbildung der Lehrausbildner in den Betrieben (derzeit ein Kurs von einer Woche), andererseits eine ständige Eva-

luierung der Qualität der Arbeit. Gotthartsleitner schwebt hier ein Benchmark-System vor, an das die Lehrlingsförderung gekoppelt werden soll. Wer mindestens 80 Prozent der Benchmarks erfüllt, bekommt die Lehrlingsförderung. Die volle Förderung soll es aber nur dann geben, wenn 100 Prozent der Benchmarks erfüllt sind. Eine solche Benchmark könnte etwa die Antrittsquote bei der Lehrabschlussprüfung sein. Aber auch das Internat sollte zur Gänze vom Arbeitgeber bezahlt werden: Bisher mussten die Lehrlinge bis zur Hälfte ihrer Lehrlingsentschädigung selbst dafür aufkommen. Und schließlich geht es auch ums Geld. 475 Euro bekommt ein Lehrling im ersten Jahr, 602 im zweiten und 865 Euro im dritten. „Das ist nicht attraktiv.“ Überstunden gelte es zu vermeiden, und die Samstagsregelung (nur jeden zweiten Samstag auch Einsatz nach 13 Uhr) müsse respektiert werden. ■

Neue Broschüre zur Bildungskarenz

Alle Infos über das Erfolgsmodell Bildungskarenz auf einen Blick.

Die Bildungskarenz erfreut sich immer größerer Popularität. Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen profitieren beide davon. ArbeitnehmerInnen bekommen die Möglichkeit, einige Zeit aus dem Arbeitsalltag auszusteigen und sich weiterzuentwickeln, z. B. indem sie ein Studium beginnen oder abschließen.

Aber wer hat eigentlich Anspruch auf Bildungskarenz? Welche Fristen müssen bei der Antragstellung beachtet werden? Wie lange und wie oft ist Bildungskarenz möglich? Was gilt überhaupt als Bildungsmaßnahme? Was muss man nach-

weisen? Darf man auch ins Ausland gehen? Alle diese Fragen, und noch viele mehr, beantwortet diese Broschüre.

Trotz ihrer wachsenden Beliebtheit gibt es am derzeitigen Modell der Bildungskarenz auch Kritikpunkte. Neben den praktischen Fragen behandelt die Broschüre daher auch Möglichkeiten, das Modell der Bildungskarenz weiterzuentwickeln.

Die Broschüre downloaden
www.gpa-djp.at/wirtschaftundsoziales
 oder bestellen:
grundlagen@gpa-djp.at



Honorare in der Erwachsenenbildung

Die work@education – die Interessengemeinschaft für alle jene, die in der privaten Erwachsenenbildung arbeiten – hat mittels Umfragen bei TrainerInnen und BetriebsrätInnen die Honorare und Arbeitsbedingungen in der Branche erhoben: Welche Art von Verträgen wird vergeben und sind sie korrekt? In welchem Kollektivvertrag sind die Beschäftigten eingestuft? Konnten Honorare verhandelt werden? Wohin entwickeln sich die freien Dienstverträge?

Einige Ergebnisse in Kürze: Die Erwachsenenbildung ist nach wie vor eine Frauenbranche. Die Honorare für freie DienstnehmerInnen und WerkvertragsnehmerInnen stagnieren, auch in Sachen Vor- und Nachbereitungszeiten hat sich noch nichts bewegt. Aber es gibt auch Positives zu berichten: Durch die Satzung des Kollektivvertrages gibt es mehr Angestelltenverhältnisse als in den Jahren zuvor, und auch die Gehälter steigen.

Die Broschüre gibt es zum Download auf:
www.gpa-djp.at/interesse



SonntagsWochenKalender 2013

Der SonntagsWochenKalender erscheint bereits zum dritten Mal und kann ab sofort bestellt werden: Der Wochenkalender mit ausreichend Platz für Termine enthält Informationen über die Allianzen für den freien Sonntag in Österreich, Deutschland, Südtirol und der Schweiz und die Europäische Sonntagsallianz. In diesem Jahr stehen Menschen im Mittelpunkt, die durch ihre Arbeit am Sonntag vielen anderen den arbeitsfreien Sonntag erst ermöglichen und genießen lassen.

Zu Bestellen per E-Mail: sonntagsallianz@ksoe.at
 Mehr Infos: www.freiersonntag.at



Gemeinsam für einen guten Abschluss: Je mehr Mitglieder die GPA-djp hat, desto stärker ist ihre Verhandlungsposition.

Mitgliedschaft stärkt Verhandlungskraft

Je mehr Mitglieder – umso einflussreicher sind wir! Die erfolgreichsten Gehaltsverhandlungen gibt es in jenen Branchen, in denen die GPA-djp die meisten Mitglieder hat.

Von Barbara Lavaud

Höhere Einkommen sind keine Geschenke der Arbeitgeber. Deshalb verhandelt die GPA-djp gemeinsam mit den 15.000 BetriebsrätInnen, die in unserer Gewerkschaft organisiert sind, insgesamt über 160 Kollektivverträge für Angestellte. Diese umfassen die ganz großen Branchen wie den Handel oder die Metallindustrie – aber auch kleinere Branchen, die in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden, wie z. B. die Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft oder bei den ausländischen Airlines, die

mit dem gleichen Einsatz verhandelt werden wie die großen.

Erfolgreich durchgesetzt

Im vorigen Jahr wurden rund 1.200 Millionen Euro an Lohn- und Gehaltserhöhungen durchgesetzt. Die Kollektivverträge garantieren nicht nur die Erhöhung der Löhne und Gehälter, sondern regeln auch die Arbeitszeit, den Anspruch auf Weiterbildung und das Weihnachtsgeld. Das 14. Monatsgehalt, mit dem Sie vielleicht bald die Weihnachtsgeschenke kaufen oder

den Winterurlaub bezahlen, steht nicht im Gesetz und ist ausschließlich im Kollektivvertrag verankert und damit rechtsverbindlich für die Arbeitgeber.

Bessere Durchsetzungskraft

Umso mehr Mitglieder die Gewerkschaft hat, umso stärker ist ihre Verhandlungsposition mit den Vertretern der Arbeitgeberverbände bei den Kollektivvertragsverhandlungen. Vergleiche zeigen, dass in jenen Bereichen, in denen die Gewerkschaften wenig Mitglieder haben,

die Kollektivvertragsabschlüsse und Rahmenbedingungen viel niedriger und schlechter sind, als in jenen Branchen mit vielen Mitgliedern. Die Kollektivvertragsverhandler können dadurch viel mehr Druck in der Öffentlichkeit und am Verhandlungstisch erzeugen.

Recht bekommen

Als Gewerkschaftsmitglied können Sie bei rechtlichen Problemen an Ihrem Arbeitsplatz mit einem starken Partner an Ihrer Seite rechnen: Die Gewerkschaft erkämpft rund 70 Millionen Euro pro Jahr für Ihre Mitglieder. Damit Sie über Ihre Rechte Bescheid wissen, kann es hilfreich sein, schon vor Beginn eines neuen Dienstverhältnisses die Beratung der RechtsexpertInnen der GPA-djp in Anspruch zu nehmen.

Der Rechtsschutz gilt für alle Rechtsstreitigkeiten, die unmittelbar mit Ihrer Arbeit zusammenhängen. Der GPA-djp-Rechtsschutz besteht ohne Prozesskosten-Obergrenze vor dem Arbeits- und Sozialgericht. Auch atypisch Beschäftigte wie freie DienstnehmerInnen, WerkvertragsnehmerInnen sowie neue Selbstständige mit Gewerbeschein ohne eigene Angestellte können die GPA-Rechtsschutzleistungen in Anspruch nehmen.

Das Team des GPA-djp-Servicecenters unter der Leitung von Petra Sandner (im Bild) informiert und berät Sie gerne.



Beratung und Service

Als Mitglied bekommen Sie das GPA-djp-Mitgliedermagazin KOMPETENZ direkt zu sich nach Hause. Die Mitglieder-CARD garantiert Ihnen nicht nur Service und Beratung, sondern auch zahlreiche Ermäßigungen bei Kultur, Sport, Freizeit und Urlaub. Alle aktuellen CARD-Angebote finden sie auf den Seiten 28–29!

Steuerlich absetzbar

Ihr Mitgliedsbeitrag ist in voller Höhe von der Lohnsteuer absetzbar und wirkt daher steuermindernd. Wird Ihr Mitgliedsbeitrag direkt vom Gehalt einbehalten, so wird die Steuerminderung bereits bei der Gehaltsverrechnung berücksichtigt.

Für 2013 wurde der Grenzbeitrag für die Mitgliedschaft – gemäß dem Beschluss des 12. Gewerkschaftstages – um jenen Prozentsatz angehoben, der sich aus dem Durchschnittsprozentsatz der von der GPA-djp abgeschlossenen Kollektivverträge ergibt. ■

Wie viel Sie zahlen

Mitgliedsbeitrag

1 Prozent des Bruttogehalts, max. € 28,90 (Grenzbeitrag 2013)

Die Anhebung des Grenzbeitrages beträgt 3,3 Prozent

Nicht angehoben wurden folgende Beiträge:

Monatliche Fixbeiträge:

Arbeitslose, Zweitmitglied-schaften, Kranke ohne Gehaltsbezug, unbezahlte Freistellungen, vorzeitiger Mutterschutz € 1,80; geringfügig Beschäftigte € 2,-

Jährliche Fixbeiträge:

SchülerInnen, StudentInnen € 8,40; PensionistInnen € 3,- pro Monat bzw. € 36,- pro Jahr

Außerordentliche Mitgliedschaft: € 21,60

Sonstige Beiträge:

Für atypisch Beschäftigte, Werkvertrags- und freie DienstnehmerInnen beträgt der monatliche Beitrag 1 Prozent des Bruttogehalts, max. jedoch € 10,-/Monat

Ausnahmen: Freie JournalistInnen mit Presseausweis € 10,-/Monat (wenn nicht der Grenzbeitrag von € 28,90 anzuwenden ist); JournalistInnen in Pension mit Presseausweis € 8,-/Monat

GPA-djp-Servicecenter

Das GPA-djp-Servicecenter informiert Sie gerne:
Tel. **05 03 01-301** oder **www.gpa-djp.at** unter „Service für Sie“ oder per E-Mail **service@gpa-djp.at**



Foto: Anna Rauchenberger

Es gibt immer etwas Neues zu entdecken – das Kunstprojekt „Habitat Wilderness“.

Habitat Wilderness

Im August 2012 wurde im Gemeinschaftsraum der Wohnanlage der WBV-GPA in Wien 22, Lavaterstraße 5, das Kunstprojekt „Habitat Wilderness“ der Öffentlichkeit vorgestellt.

Von Andrea Holzmann

Die Künstlerin Barbara Holub hat das Projekt „Habitat Wilderness“ gemeinsam mit den BewohnerInnen geschaffen. In Anwesenheit von Frau Holub, zahlreicher BewohnerInnen der Anlage sowie VertreterInnen der WBV-GPA wurde das Projekt durch Frau Cathérine Hug, Kuratorin der Kunsthalle Wien, dem Publikum vorgestellt. Die offizielle Eröffnung nahm Bezirksvorsteher Norbert Scheed vor und gratulierte den KünstlerInnen zu ihrem gelungenen Werk. Die Anlage wurde Ende 2010 besiedelt. In einer der ersten MieterInnenversammlungen wurde beschlossen, den im zentralen Eingangsbereich der Anlage gelegenen Gemein-

schaftsraum künstlerisch zu gestalten. Insbesondere jugendliche BewohnerInnen wurden eingeladen, sich an einem Kunstprojekt zu beteiligen. Als Projektleiterin konnte die renommierte Wiener Künstlerin Barbara Holub gewonnen werden.

Der Vorschlag Frau Holubs, sich künstlerisch einer visionären Gesellschaft, der „Blue Frog Society“ zu widmen, erfuhr breite Zustimmung. In mehreren Versammlungen wurde dann über die Form des Kunstwerks und die Methode des künstlerischen Herangehens lebhaft und ausführlich diskutiert. Es folgte ein Tag, an dem der Gemeinschaftsraum zum Atelier wurde, um phantasievolle

Bilder zur „Blue Frog Society“ zu malen, die von Frau Holub zu einer Fotomontage, die das „Habitat Wilderness“ darstellt, integriert wurden. Das Werk füllt eine Wand des Gemeinschaftsraums, ist durch die Glaswände auch von außen weit hin sichtbar, und macht die Örtlichkeit sowohl für BewohnerInnen als auch für BesucherInnen zu etwas ganz Besonderem. Um der „Wildnis“ auch im Außenraum eine Entsprechung zu verschaffen, wurden auf einem Grünbereich gegenüber dem Gemeinschaftsraum einige wilde Brombeersträucher gepflanzt.

Frau Holub über das Werk: „Das Habitat Wilderness greift nach den

ungezähmten Stimmen aus dem Off. Der Gemeinschaftsraum in der Wohnbauanlage Lavaterstraße referiert durch eine Fototapete sowohl die verlorenen Orte des Entdeckens von Kindheit als auch die Möglichkeit, ungezähmte Orte in neue Wohnbauanlagen, die von der Abwesenheit von Geschichte geprägt sind, einzuführen – und somit zu neuen Geschichten anzuregen.“

Der Stolz auf ihr Werk war den jungen KünstlerInnen von ihren strahlenden Gesichtern abzulesen, als sie die BetrachterInnen auf ihre jeweiligen Beiträge an dem Gesamtbild verwiesen. Auch Mietervertreter Reisinger, der das KünstlerInnen-Team gemeinsam mit seiner Frau tatkräftig unterstützt hat, ist mit dem Kunstwerk sehr zufrieden.

Kunst am Bau – eine Wiener Tradition

Kunst am Bau hat in Wien eine lange Tradition. Schon im Roten Wien der 1920er- und 1930er-Jahre wurden die sozialen Wohnbauten in Wien mit Kunstwerken ausgestattet, die nicht nur äußerliches Dekor waren, sondern dazu beigetragen haben, die Wohnsituation – Plätze, Wege, Grünraum und gemeinschaftliche Einrichtungen – mitzuerschaffen und aufzuwerten. Kunst am Bau hatte von jeher einen gesellschaftspolitischen Anspruch und wurde seither künstlerisch ständig weiterentwickelt, mit wechselnden kunstpolitischen Schwerpunkten. Doch immer ging es darum, Kunst zu den Menschen zu bringen, Innovation zu transportieren und die Auseinandersetzung mit dem Zeitgenössischen zu suchen. Heute hat Kunst am Bau oft partizipativen Charakter und erhebt wie im Fall der Lavaterstraße 5 die aktive Beteiligung der BewohnerInnen zu einem zentralen Element.

Kunst am Bau ist auch ein wichtiger Teilaspekt der Sozialen Nachhaltig-

keit, welche derzeit das Hauptmotiv des geförderten Wohnbaus in Wien darstellt.

Warum fördert die WBV-GPA Kunst am Bau?

Die WBV-GPA hat in mehreren ihrer Wohnanlagen Kunstprojekte realisiert, teilweise mit namhaften KünstlerInnen. Schon in der ältesten Anlage der WBV-GPA aus dem Jahr 1954 in der Favoritenstraße findet sich eine Skulptur von Alfred Hrdlicka.

Hinter dem Engagement der WBV-GPA für Kunstprojekte steht die Überzeugung, dass Kunst mehr hervorbringt als das Bild oder die Skulptur, die auf den ersten Blick sichtbar werden. Kunst schafft Identität, Kunst inspiriert, Kunst regt zum Nachdenken, zum Diskurs, zur Mitsprache an. Wird ein Kunstwerk gemeinsam mit BewohnerInnen geschaffen, muss kommuniziert und zusammengearbeitet werden, und so bildet sich Gemeinschaft. Die Erfahrung, Teil eines schöpferischen Ganzen zu sein, und am Ende mit verdientem Applaus bedacht zu werden, macht nicht nur Freude, sondern leistet ohne Zweifel insbesondere bei jungen Menschen auch einen positiven Beitrag zur Bildung ihrer Persönlichkeit.



Foto: Anna Rauchenberger

S. Stepanek (GB*6/14/15), A. Holzmann (GF WBV-GPA), C. Hug (Kuratorin der Kunsthalle Wien), B. Holob (Künstlerin), N. Scheed (BV 22), M. Gehbauer (GF WBV-GPA), Mietervertreter K. Reisinger und eine junge Bewohnerin

Nicht zuletzt ist Kunst am Bau der Ausdruck einer reifen und demokratischen Gesellschaft, in der künstlerischer Ausdruck nicht wenigen Privilegierten vorbehalten bleibt, sondern allen Menschen offen steht – manchmal sogar dort, wo sie wohnen. ■

FREIE WOHNUNGEN

Bestehende Objekte:

- 8605 Kapfenberg, 2-Zimmer-Wohnungen mit ca. 57 m² frei
- 8761 Pöls, Andreas-Rein-Gasse 10–18 Burgogasse 12–16, 2- bis 5-Zimmer-Wohnungen

Wohnungsberatung

Wohnbauvereinigung für Privatangestellte WBV-GPA-Wohnungsservice – Gassenlokal

1010 Wien
Werdertorgasse 9
Tel.: 01/533 34 14

Internet: www.wbv-gpa.at
E-Mail: wohnungsservice@wbv-gpa.at



© detailblick, Fotolia.com

Vorweihnachtliche Stimmung



Genießen Sie die stimmungsvolle Adventzeit mit vorweihnachtlichen Events oder planen Sie einen Weihnachts-/ Silvesteraufenthalt am Bauernhof zu Vorteilspreisen für GPA-djp-Mitglieder.



© Mario Lang

Der lebende Adventkalender

Ein Fest für Herz und Sinne mit vielen phantastischen Überraschungen: 24 KünstlerInnen aus den Bereichen Tanz, Theater, Musik & Bildende Kunst füllen „ihr Kästchen“ mit ihren Träumen in einem wunderschönen, von Erich Sperger gestalteten, mit Engeln verzierten überdimensionalen Adventkalender.

12. – 15. Dezember 2012
PALAIS KABELWERK
1120 Wien, Oswaldgasse 35A

Eintritt: EUR 18,-
Für GPA-djp-Mitglieder:
10 % CARD-Ermäßigung
Kartenreservierung:
Tel. 01/802 06 50
oder E-Mail:
tickets@palaiskabelwerk.at
www.palaiskabelwerk.at



© Wiltener Sängerknaben

Wiltener Sängerknaben

Die Wiltener Sängerknaben und das Barockorchester „Academia Jacobus Stainer“ bringen das gesamte „Weihnachtsoratorium“ von J. S. Bach zur Aufführung.

Basilika Wilten, Innsbruck
22.12.2012: Kantaten 1–3
05.01.2013: Kantaten 4–6

Als Solisten sind Paul Schweinester (Tenor), Daniel Schmutzhard (Bariton) sowie Knabensolisten der Wiltener Sängerknaben zu hören.

Ermäßigte Tickets mit der GPA-djp-CARD in der ÖGB-Kartenstelle, Tel. 01/534 44-39675

Kinder bis zum 14. Lebensjahr haben freien Eintritt, benötigen aber eine Platzkarte.



© Mario Lang

Der musikalische Adventkalender

Ein musikalischer Adventkalender, der sich in allen 23 Wiener Bezirken eröffnet! Beginnend mit einem Konzert am 1. Dezember im 1. Bezirk spannt sich der breite Bogen bis zum 23. Dez. im 23. Bezirk.

Freuen Sie sich auf schwungvolle Adventabende mit: Ernst Molden, Otto Lechner, Klaus Trabitsch & den Bethlehem All Stars, Trio Lepschi, Billisich & Band, Die Strottern, Paul Gulda, Alp Bora, Neuwirth Extremschrammeln u. v. a.

Ermäßigte Tickets für GPA-djp-Mitglieder!
Infos und Kartenreservierung:
Tel. 0676/ 512 91 04
Das Programm und alle Spielorte: www.wienerlied-und.at





© Atlantis



American Christmas Gospel mit Stella Jones

Das Konzert bietet eine perfekte Ergänzung zu der stimmungsvollen vorweihnachtlichen Zeit. Ein Feuerwerk aus herzhaftem Soul und positiver Energie besteht aus purer Lebensfreude!

Die international bekannte Sängerin Stella Jones und ihre Künstlergruppe besitzen die Gabe, Emotionen zu wecken und Sie auf den Gipfeln des musikalischen Genusses zu begleiten!

Wiener Votivkirche:
30. Nov., 1., 7., 8., 14. Dez. 2012
Einlass: 19.30 Uhr
Beginn: 20 Uhr

Ermäßigte Tickets mit der GPA-djp-CARD in der ÖGB-Kartenstelle Tel. 01/534 44-39675

© Urlaub am Bauernhof



Weihnachten und Silvester am Mühlviertler Bauernhof

Angebote für 6 od. 3 Nächte inkl. Pferdekutschen- oder Schlittenfahrt, Fackelwanderung, Silvesterjause und Katerfrühstück. Das Wochenangebot ist auch über Weihnachten buchbar!

Pauschalpreise

6 Nächte:
FEWO für 4 P. (2 Erw. + 2 Kinder)
ab € 399,-, 2 Pers. ab € 300,-
Zimmer/Frühstück
p. P. ab € 165,-

3 Nächte:
FEWO für 4 P. (2 Erw. + 2 Kinder)
ab € 256,-, 2 Pers. ab € 176,-
Zimmer/Frühstück
p. P. ab € 100,-

10 % CARD-Ermäßigung auf Katalogpreise
Anfragen: Tel. 079 46/51 94
E-Mail: b.wenigwieser@aon.at

© EMS live



Harlem Christmas Gospel

Broadway-Star Pastor Alvin Freeland und sein Harlem Reach Ensemble bringen stimmungsvolles Christmas-Feeling mit dem mitreißenden Programm aus Gospels, Spirituals und schwungvoll arrangierten internat. Weihnachtsliedern.

Die temperamentvolle Darbietung gewährt einen Einblick in die große Tradition der schwarz-amerikanischen Musik.

Theater Längenfeldgasse
15. Dezember 2012

Wiener Minoritenkirche
6., 7., 8., 13., 14. und 16.12.2012

Für GPA-djp-Mitglieder
20 % CARD-Ermäßigung
Karten unter 01/714 88 77 66,
auf GPA-djp-Mitgliedschaft
hinweisen!



Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.gpa-djp.at/card
Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr.: 05 03 01-301, E-Mail: service@gpa-djp.at



© Svemni, Fotolia.com



Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen!

Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1

Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: www.gpa-djp.at/gewinnspiel

Einsendeschluss: 2.12.2012. Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

© Sony/Ariola



Gewinnen Sie
3 x 1 CD

26. November 2012

Peter Cornelius
Salzburg – republic

Neben einem Querschnitt durch vier Jahrzehnte seines Schaffens wird Peter Cornelius sicher den einen oder anderen Song aus seinem neuen Album vorstellen – „12 neue 12“, 12 neue Songs auf seinem 21. Album.

Info: www.republic.at
Karten: 0662/84 37 11

© Lana Pinho



Gewinnen Sie
2 x 2 Karten
für 8.12.12

30. Nov. bis 8. Dez. 2012

Clownin
KosmosTheater

Das internationale Clownfrauenfestival bringt die besten Clownfrauen aus aller Welt nach Wien, mit wunderbar vielfältigen Stücken für Erwachsene. Ur- und Erstaufführungen entföhren in noch nie erlebte Welten.

Karten: 01/523 12 26
Info: www.kosmostheater.at

© Miritz Schell



Gewinnen Sie
2 x 2 Karten
für 10.12.12

10. Dezember 2012

Otto Schenk Jubiläumslesung
Museumsquartier

Otto Schenk lässt sein Repertoire an humorvollen Stücken, mit dem er in den vergangenen Jahrzehnten sein Publikum zu begeisterten Lachstürmen hingerissen hat, noch einmal Revue passieren.

Karten: mit dem Kennwort GPA
Tel. 01/714 88 77 66
20 % CARD-Ermäßigung

© Event Marketing



Gewinnen Sie
2 x 2 Karten
für 15.12.12

15. Dezember 2012

Alice Francis
Museumsquartier

Mit ihrer Mischung aus Pop, HipHop und Jazz kreiert Alice Francis einen nie zuvor gehörten Vibe, stilprägend und aufregend. Sie ist die First Lady der neuen coolen Swing-Ära.

Karten: mit dem Kennwort GPA
Tel. 01/714 88 77 66
20 % CARD-Ermäßigung

© Gamuek



Gewinnen Sie
2 x 2 Karten
für 12.12.12

Bis 29. Dezember 2012

Derwisch erzählt 7
Interkulttheater

Nach 500 ausverkauften Vorstellungen bringt Aret Aleksanyan sein siebtes Programm. Er entföhrt das Publikum mit dem Zauber seiner Erzählkunst in die Magie des Morgenlandes.

Info: www.interkulttheater.at
Karten: 01/587 05 30
Mit der CARD: € 14,- statt 19,-

© Komödie am Kai



Gewinnen Sie
3 x 2 Karten
für 15.12.12

Bis 12. Jänner 2013

Hotel Mama
Komödie am Kai

In diesem Lachschlager verwandeln drei erwachsene Söhne die elterliche Idylle in ein Tollhaus. Freche Dialoge und ein turbulentes Chaos garantieren einen heiteren Theaterabend.

Info: www.komoedieamkai.at
Karten: 01/533 24 34
20 % CARD-Ermäßigung

Gut vernetzt

Immer mehr Menschen nutzen tagtäglich die interaktiven Medien im Internet. Das Angebot der GPA-djp in diesem Bereich kann sich sehen lassen.

Von Barbara Lavaud

Der Boom bei den Social media im Internet hält ungebrochen an: Facebook, Weblogs, Twitter und Youtube haben Hochkonjunktur. Die jüngste Entwicklung bei Smartphones und Tablets hat erheblich dazu beigetragen, dass vor allem Jugendliche und Menschen unter 30 in einem hohen Ausmaß vernetzt leben.

Für politische Bewegungen ist es längst unumgänglich, bei diesen neuen Kommunikationsmöglichkeiten vorne mit dabei zu sein. Dabei geht es freilich nie um eine Art virtuellen Ersatz für politisches Handeln, sondern um eine neue Qualität bei der Vernetzung und der Verteilung von Information. Ein gutes Beispiel dafür, was die neuen Medien leisten können, war die Kundgebung der JournalistInnen im Oktober (den Beitrag dazu lesen Sie auf den Seiten 16–17 nach): Der Aufruf dazu erfolgte nicht nur über traditionelle Kanäle wie Presseaussendungen, sondern in erster Linie über Face-

book und Blogs. Die schreibende Zunft legte sich für ihre eigenen Anliegen ordentlich ins Zeug. Noch während der Kundgebung erschienen bereits die ersten Bilder im Netz, die zeigten, wie viele KollegInnen vor Ort für ihre Rechte kämpften. Und kaum waren alle in ihre Redaktionen zurückgekehrt, wurden Fotostrecken und Videos online publiziert, Artikel verfasst und kommentiert, und noch am gleichen Abend war an allen Ecken und Enden im Internet die Aktion in Wort, Bild und Ton kommentiert.

Informationen über alle Aktivitäten finden unsere Mitglieder somit nicht nur auf unserer Webseite www.gpa-djp.at und in der KOMPETENZ, sondern über zahlreiche Blogs und andere Internet-Kanäle. Damit können wir besonders gut anlassbezogen reagieren – für manche gewerkschaftliche Aktionen werden sogar kurzfristig zusätzliche Blogs ins Netz gestellt – und rasch und flexibel informieren. ■

Die neue Seite 2

<http://seite2.gpa-djp.at/>
Unter dieser Adresse finden Sie eine Zusammenfassung – ein sogenanntes „Mash up“ – aller Web-2.0-Aktivitäten der GPA-djp. Die Seite wurde vor kurzem neu gestaltet.



Blogs, Bilder, Videos

Arbeitsgestaltung <http://arbeitundtechnik.gpa-djp.at/>

Bildung <http://blog.gpa-djp.at/bildung/>

Frauen <http://frauenblog.gpa-djp.at/>

International <http://blog.gpa-djp.at/international/>

Jugend
<http://blog.gpa-djp.at/unity/>

work@flex
<http://workflex.gpa-djp.at/>

Facebook www.facebook.com/GPA.djp

Videos www.youtube.com/user/gpadjp

Fotos www.flickr.com/photos/gpadjp

KOMPETENZ online
www.kompetenz-online.at/



DIE PERFEKTE GESCHENKIDEE – ODER EINFACH SELBER GENIEßEN: EMOTION GESCHENKBOXEN

Mit den **EMOTION BOXEN** haben Sie garantiert das perfekte Geschenk für jeden Anlass, denn mit diesen Geschenkboxen **erschließen Sie sich einen Monat lang das Beste aus der Welt der EMOTION**. Monat nach Monat können Sie sich auf die besten Artikel freuen. Übrigens, wenn Sie die EMOTION Boxen für sich selbst bestellen, können Sie sich selbst ein Geschenk machen.

EMOTION Geschenkbox 2014

€ 89,-



RUSCHEL & ROMANTIK

- Die EMOTION Box enthält:**
- einen exklusiven Café-Tee
 - 2 Tage Aktivität
 - 1 Bio-Orange
 - 100 g Pulver in 100 ml Wasser (100g Pulver)
 - ein Geschenk und eine Karte
 - eine Karte mit dem Inhalt der Box
 - eine Karte mit dem Inhalt der Box (z.B. Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, ...)

EMOTION Geschenkbox 2014

€ 189,-



WELLNESS, FUN & FAMILY

- Die EMOTION Box enthält:**
- einen exklusiven Café-Tee
 - 2 Tage Aktivität
 - 1 Bio-Orange
 - 100 g Pulver in 100 ml Wasser (100g Pulver)
 - eine Karte mit dem Inhalt der Box
 - eine Karte mit dem Inhalt der Box (z.B. Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, ...)
 - eine Karte mit dem Inhalt der Box (z.B. Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, ...)
 - eine Karte mit dem Inhalt der Box (z.B. Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, ...)

EMOTION Geschenkbox 2014

€ 209,-



CITY & KULTUR

- Die EMOTION Box enthält:**
- einen exklusiven Café-Tee
 - 2 Tage Aktivität
 - 1 Bio-Orange
 - 100 g Pulver in 100 ml Wasser (100g Pulver)
 - eine Karte mit dem Inhalt der Box
 - eine Karte mit dem Inhalt der Box (z.B. Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, ...)
 - eine Karte mit dem Inhalt der Box (z.B. Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, ...)
 - eine Karte mit dem Inhalt der Box (z.B. Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, ...)

EMOTION Geschenkbox 2014

€ 259,-



VITAL & BEAUTY

- Die EMOTION Box enthält:**
- einen exklusiven Café-Tee
 - 2 Tage Aktivität
 - 1 Bio-Orange
 - 100 g Pulver in 100 ml Wasser (100g Pulver)
 - eine Karte mit dem Inhalt der Box
 - eine Karte mit dem Inhalt der Box (z.B. Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, ...)
 - eine Karte mit dem Inhalt der Box (z.B. Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, ...)
 - eine Karte mit dem Inhalt der Box (z.B. Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, Bio-Orange, ...)

Mehr Informationen zu diesen und anderen EMOTION Boxen finden Sie auf der EMOTION Homepage www.gps-ajp.at/ajr

jetzt bestellen!

EMOTION 2014 - RUSCHEL & ROMANTIK | EMOTION 2014 - WELLNESS, FUN & FAMILY | EMOTION 2014 - CITY & KULTUR | EMOTION 2014 - VITAL & BEAUTY

EMOTION 2014

EMOTION 2014 - RUSCHEL & ROMANTIK	EMOTION 2014 - WELLNESS, FUN & FAMILY
EMOTION 2014 - CITY & KULTUR	EMOTION 2014 - VITAL & BEAUTY

EMOTION 2014

EMOTION 2014 - RUSCHEL & ROMANTIK	EMOTION 2014 - WELLNESS, FUN & FAMILY
EMOTION 2014 - CITY & KULTUR	EMOTION 2014 - VITAL & BEAUTY

EMOTION 2014 - RUSCHEL & ROMANTIK | EMOTION 2014 - WELLNESS, FUN & FAMILY | EMOTION 2014 - CITY & KULTUR | EMOTION 2014 - VITAL & BEAUTY